

ausland



STARK IM ABGANG
Für Valentin Inzko war das Gesetz eine „Gewissensentscheidung“.

INZKOS INTERVENTION

In Bosnien-Herzegowina wird das Leugnen von Kriegsverbrechen unter Strafe gestellt. Durchgesetzt hat das ein österreichischer Diplomat.

Ein ruhiger Abgang sieht anders aus. Zwölf Jahre lang war Valentin Inzko, ein gebürtiger Kärntner Slowene, Hoher Repräsentant in Bosnien-Herzegowina, eine Position, die von außen besetzt wird und die Einhaltung des Dayton-Abkommens überwacht, das 1995 den Bosnienkrieg beendete. Mit August übergibt er an den deutschen CSU-Politiker Christian Schmidt. In den letzten Tagen seiner Amtszeit hat Inzko das bosnische Strafrecht um ein Verbot der Leugnung von Völkermord ergänzt.

Bisher war das am Widerstand bosnischer Serben im Parlament gescheitert. Jetzt hat Inzko im Alleingang interveniert. Wie ist das möglich?

Bosnien-Herzegowina setzt sich aus der serbisch dominierten Republik Srpska und der bosniakisch-kroatischen Föderation zusammen. Für Beschlüsse braucht es Konsens zwischen den drei Ethnien. Gleichzeitig besitzt der Staat ein einmaliges Machtinstrument – die Bonner Befugnisse. Sie geben dem Hohen Repräsentanten die Vollmacht, am Parlament vorbei zu regieren.

Das Gesetz hat eine lange Vorgeschichte. „Das Ausmaß der Genozid-Leugnung in Bosnien ist riesig und für eine westeuropäische Öffentlichkeit unvorstellbar“, sagt der Politikwissenschaftler Vedran Džihic. Er erzählt von Städten, die mit Bildern des Kriegsver-

brechers Ratko Mladić zugepflastert sind, und von Politikern, die den Völkermord von Srebrenica vor laufenden Kameras leugnen. Im Juli 1995 ermordeten bosnisch-serbische Milizen in Srebrenica mehr als 8000 bosnische Muslime. Der verantwortliche General Ratko Mladić wurde am 8. Juni zu lebenslanger Haft verurteilt.

Juristisch wurde Srebrenica aufgearbeitet – politisch und gesellschaftlich nicht.

„Für mich war das Gesetz eine Gewissensentscheidung“, so Inzko gegenüber profil. Am Tag der Unterzeichnung sei er um fünf Uhr früh zur Gedenkstätte nach Srebrenica gefahren, wo sich Tausende weiße Grabsteine den Hügel hinaufziehen. „Mir ging es um die Opfer und ihre Verwandten“, so Inzko, „und um einen pietätvollen Umgang mit dem, was passiert ist.“

Vorerst stehen die Zeichen auf Staatskrise. Vertreter der bosnischen Serben kündigten den Boykott aller wichtigen Institutionen an. Milorad Dodik, das serbische Mitglied des Staatspräsidiums, will die Legitimität des Gesetzes nicht anerkennen. „Es gab keinen Genozid – und das ist die Meinung von uns allen“, ließ er vergangene Woche verlauten. Gleichzeitig habe das Gesetz bereits Wirkung gezeigt, so Inzko: Die ersten Graffitis und Fotos von Mladić sind von den Häuserwänden verschwunden. FRANZISKA TSCHINDERLE

10 ZENTIMETER

große Hagelkörner zerstörten Hunderte Autos auf einer Autobahn in Norditalien nahe der Stadt Parma. Videos zeigen, wie tennisballgroße Eisbrocken Windschutzscheiben einschlagen und Autodächer zerbeulen. Anderswo verwüstete das Gewitter Gärten und ließ Bäume umstürzen. Forscher erwarten, dass Hagelschläge durch den Klimawandel weiter zunehmen werden. In den vergangenen fünf Wochen sind in Österreichs Landwirtschaft Unweterschäden in Höhe von 105 Millionen Euro entstanden.